

Das Ende der Goldgräberstimmung – und warum unsere Wälder dennoch in Gefahr sind



Windräder rentieren sich kaum noch für ihre Betreiber. Neue gesetzliche Regelungen, sinkende Einspeisevergütungen und hunderte Stunden Negativpreise im Jahr zerstören die Kalkulation vieler Projekte. Eine gute Nachricht für Steuerzahler und Natur – aber kein Grund zur Entwarnung.

Es gibt Momente, in denen die Realität die Propaganda einholt. Nach Jahren, in denen Windkraftprojekte mit Versprechen über saubere Energie, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Prosperität beworben wurden, beginnt sich das Bild zu verschieben – still, fast unbemerkt, aber mit wachsender Deutlichkeit. Die sogenannte Goldgräberstimmung in der Windkraftbranche ist vorbei. Was bleibt, ist eine nüchterne Abrechnung: mit falschen Versprechen, fragwürdigen

Investitionsmodellen und einem politischen System, das den Bürger – als Steuerzahler und als Waldbewohner – jahrelang für diese Rechnung hat bezahlen lassen.

Wer die Zahlen kennt, der weiß schon länger, worum es bei Windrädern tatsächlich geht. Nicht ums Klima. Nicht um Strom. Sondern ums Geld. Das sagen nicht wir – das sagen die Finanzfachleute aus der Branche selbst. Und genau deshalb ist die aktuelle Entwicklung so aufschlussreich: Wenn selbst die Investoren die Reißleine ziehen, dann muss man die Bürgerinnen und Bürger fragen, wer in all diesen Jahren eigentlich die Zeche bezahlt hat.

Das Märchen vom Windrad, das 15.000 Menschen versorgt

Auf Informationsveranstaltungen, in Gemeinderatssitzungen, in Hochglanzbroschüren von Projektentwicklern begegnet uns immer wieder dieselbe Behauptung: Ein modernes Windrad versorge rund 15.000 Haushalte mit Strom. Ein imposantes Versprechen. Und ein grundlegend irreführendes.

Denn Windräder drehen sich nur dann, wenn Wind weht. Das klingt banal – ist es aber nicht, wenn man die Konsequenzen ernstnimmt. In rund einem Drittel aller Stunden im Jahr steht ein durchschnittliches Windrad still. Kein Wind, kein Strom. Wer in einem solchen Moment auf eine stabile Versorgung angewiesen ist – und das ist jeder Haushalt, jedes Krankenhaus, jede Fabrik – der bekommt von diesem Windrad schlicht gar nichts.

Ein Windrad versorgt keine 15.000 Menschen. Es ist die absolute Katastrophe für das Stromnetz – weil es nicht den Strom liefert, den wir brauchen, sondern den, den der Wind gerade hergibt.

Die Grundregel des Stromnetzes ist eisern: Erzeugung und

Verbrauch müssen zu jedem Zeitpunkt exakt übereinstimmen. Nicht annähernd – exakt. Weicht die Frequenz zu stark ab, schalten sich Netze aus Sicherheitsgründen automatisch ab. Die Konsequenz einer rein windbasierten Versorgung wäre im besten Fall ein instabiles Netz mit häufigen Unterbrechungen, im schlimmsten Fall das, was bei den Pfalzwerken Realität wurde: unkontrollierte Spannungsspitzen, die Haushaltsgeräte zerstören. Das ist kein theoretisches Risiko. Das ist gelebte Praxis.

Dennoch wird das Märchen von der Windkraft als verlässliche Energiequelle weitererzählt. In Bürgerversammlungen. In Förderanträgen. In der Tagespresse. Und unsere Wälder sollen dafür herhalten.

Das Gesetz, das die Rechnung änderte – und lange überfällig war

Seit dem 1. April letzten Jahres gilt eine neue Regelung, die lange überfällig war: Wenn der Börsenstrompreis negativ ist – wenn also so viel Strom im Netz ist, dass man für die Abnahme sogar bezahlt werden muss – entfällt für Windkraftbetreiber in diesem Zeitraum die staatliche EEG-Förderung vollständig. Der anzulegende Wert sinkt auf null.

Klingt technisch. Hat aber massive finanzielle Auswirkungen. Denn die Zahl der Stunden mit Negativpreisen explodiert geradezu: 325 Stunden im Jahr 2023, 520 Stunden im Jahr 2024, 652 Stunden im vergangenen Jahr. Eine Entwicklung, die sich mit dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien fortsetzen und sogar verschärfen dürfte.

Jahr	Stunden mit Negativpreisen
2023	325 Stunden
2024	520 Stunden
2025	652 Stunden

Jahr	Stunden mit Negativpreisen
Ertragsverlust Windkraft	– 7,64 %
Eingesparte EEG-Förderung	688 Millionen Euro

Hätte diese Regelung bereits im vergangenen Jahr vollständig gegolten, hätten die Steuerzahler allein bei Windkraft-Onshore rund 688 Millionen Euro weniger Fördergelder zahlen müssen. Das ist begrüßenswert – und zeigt zugleich, wie viele Jahre lang Geld aus dem EEG-Konto in Taschen geflossen ist, die es nicht gebraucht haben. Wind hat uns als Gemeinschaft zuletzt 3 Milliarden Euro netto gekostet. Solar sogar fast 10 Milliarden. Und das in einem einzigen Jahr.

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Der Steuerzahler hat jahrelang für Strom gezahlt, den er oft nicht brauchte – und in manchen Stunden sogar dafür, ihn loszuwerden. Alles im Namen der Energiewende. Alles zulasten unserer Wälder.

Der Wettbewerb, der keine Gewinner mehr kennt

Zu den veränderten Förderbedingungen kommt ein zweiter, struktureller Einbruch: die Ausschreibungsrunden der Bundesnetzagentur. Bei der Auktion vom 1. November vergangenen Jahres wurden 3.450 Megawatt ausgeschrieben. Beworben haben sich Projekte mit zusammen über 8.000 Megawatt. Das Verhältnis: mehr als doppelt so viel Angebot wie Nachfrage.

In einem solchen Wettbewerb gewinnt nicht das beste Projekt – sondern das billigste. Wer früher mit 7,35 Cent pro Kilowattstunde kalkuliert hatte, bekam keinen Zuschlag mehr. Nur wer auf 6 Cent oder weniger heruntergegangen war, hatte noch eine Chance. Der durchschnittliche anzulegende Wert fiel von 11,39 Cent auf 9,39 Cent – ein Rückgang von 18 Prozent. Diese 18 Prozent weniger Einnahmen kommen zusätzlich zu den 7,64 Prozent Verlust durch die Negativstunden. Wer jetzt noch

rechnet, merkt schnell: Die Projekte, die derzeit in unseren Gemeinden beworben werden, wurden auf Grundlage von Zahlen kalkuliert, die so nicht mehr gelten.

Gemeinden, die einen Bürgermeister haben, der diesen Projekten vertraut, sollten sehr genau nachfragen, mit welchen Annahmen heute noch gerechnet wird.

Ein konkretes Windrad, eine ehrliche Rechnung

Abstrakte Zahlen überzeugen oft weniger als ein konkretes Beispiel. Nehmen wir einen realen Fall: den Bürgerwindpark Rietholz, gelegen zwischen Bad Aibling und München. Ein Windrad, Gesamtkosten von 9,5 Millionen Euro, davon 2,1 Millionen Eigenkapital und 7,3 Millionen Bankdarlehen. Nach der ursprünglichen Kalkulation – mit einer Windgeschwindigkeit von 5,24 Metern pro Sekunde, einem bereits sportlichen Ansatz für eine Schwachwindregion – ergab sich eine Rendite von rund 4,16 Prozent über 20 Jahre.

Nach den neuen Regelungen sieht die Rechnung anders aus. Statt einer Million Euro Umsatz im ersten vollen Betriebsjahr bleiben noch 743.000 Euro – bei gleichbleibenden Betriebs-, Zins- und Tilgungskosten. Über 20 Jahre summiert sich das auf ein Minus von knapp 500.000 Euro. Wer 2,1 Millionen investiert und am Ende einen Verlust von fast einer halben Million hält, hat nicht investiert – der hat sein Geld verbrannt.

Du investierst 2,15 Millionen Euro und bekommst am Ende 234.000 Euro zurück. Nicht als Rendite – als Gesamtrückfluss. Das ist kein Investment. Das ist Kapitalvernichtung.

Noch brisanter ist, was in bestimmten Jahren passiert: Wenn die Tilgungsraten so liegen, dass im gleichen Jahr kein Gewinn erwirtschaftet werden kann, kommt die Bank. Und wenn die Bank kommt und keine Liquidität da ist, folgt die

Zwangsversteigerung. Der Grundstückseigentümer – oft ein Bauer, der glaubte, mit dem Windrad ein sicheres Zusatzeinkommen zu haben – sitzt am Ende auf einem maroden Betonsockel, für dessen Rückbau kaum Rücklagen gebildet wurden. Denn die Rückbaurücklage wächst langsam: Im siebten Betriebsjahr wären es vielleicht 15.000 Euro. Ein Rückbau kostet ein Vielfaches davon.

Wenn Konzerne Verluste machen – und trotzdem weiterplanen

Man könnte meinen, die Branche ziehe Lehren. Der große Windparkentwickler Abo Energy liefert das Gegenteil: Das Unternehmen – seit 1996 am Markt und bis dato ohne Jahresverlust – hat erstmals rote Zahlen geschrieben. 170 Millionen Euro Verlust. Die Ursache: überzeichnete Ausschreibungsrunden, gesunkene Vergütungssätze, notwendige Abschreibungen auf laufende Projekte. Das Unternehmen selbst rechnet damit, dass die Einspeisevergütung dauerhaft auf niedrigem Niveau verharrt oder sogar weiter sinkt.

Und trotzdem werden neue Projekte geplant. Trotzdem werden Bürgerversammlungen abgehalten. Trotzdem werden Wälder vermessen, Gutachten erstellt, Bürgermeister überzeugt. Denn auch bei sinkenden Margen lässt sich Geld verdienen – solange genug davon aus dem öffentlichen EEG-Topf fließt und solange Grundstückseigentümer günstige Pachtverträge unterschreiben. Die Frage, die sich jede Gemeinde stellen muss: Wessen Interessen werden hier eigentlich vertreten?

Der dritte Schlag – Netzentgelte kommen

Als wäre das nicht genug, kündigt sich eine dritte Belastung an. Die Bundesnetzagentur schlägt vor, dass Solar- und Windkraftanlagen künftig Netzentgelte zahlen sollen – also

jene Gebühren, die bisher nur Verbraucher und konventionelle Erzeuger entrichten mussten. Bisläng nutzten die Betreiber die Leitungsinfrastruktur kostenlos, während alle anderen für sie mitbezahlten.

Wie hoch diese Entgelte sein werden, ist noch offen. Aber allein die Ankündigung ist ein Signal: Der politische Rückenwind für die Windkraft dreht sich. Auch bestehende Anlagen könnten betroffen sein – ein Faktor, der in keiner der alten Investitionskalkulationen berücksichtigt wurde. Wer jetzt noch ein Windrad in einem Schwachwindgebiet plant – und Teile Bayerns und Baden-Württembergs zählen zweifellos dazu – der hat entweder die Zahlen nicht gelesen oder er rechnet damit, dass andere für seine Fehler aufkommen. Das ist keine Energiepolitik. Das ist Systemausnutzung.

Was das für unsere Wälder bedeutet

Man könnte diese Entwicklung als reine Finanzgeschichte abtun. Aber für uns als Bürgerinitiative ist sie mehr als das. Sie zeigt, dass die Argumente, mit denen Windräder in unsere Wälder geplant werden, auf wackligem Fundament stehen – wirtschaftlich wie ökologisch.

Ein Windrad, das sich nicht rechnet, wird gebaut werden, solange der Fördertopf groß genug ist. Ein Windrad, das sich doch rechnet, wird gebaut werden auf Kosten unserer alten Bäume, unseres Grundwassers, unserer Landschaft und unserer Lebensqualität. Beides ist inakzeptabel. Denn was einmal im Wald zerstört ist, wächst in keiner Amtszeit nach.

Die gute Nachricht, die die aktuelle Marktentwicklung bringt, ist real: Viele Projekte werden sich nicht mehr realisieren lassen. Investoren werden abspringen. Geplante Standorte im Wald werden vorerst von der Liste verschwinden. Das ist eine Atempause – kein Sieg.

Denn solange die politischen Rahmenbedingungen nicht

grundlegend korrigiert werden, solange Flächenziele gesetzlich verankert bleiben und Genehmigungsprozesse vereinfacht werden sollen, bleibt der Druck auf unsere Wälder hoch. Und mit dem nächsten politischen Paradigmenwechsel, dem nächsten Subventionspaket, kommt auch die nächste Welle an Projektentwicklern, die nach renditeträchtigen Standorten suchen.

Wir werden weiter da sein. Laut, sachlich, hartnäckig. Für unsere Wälder. Für eine Energiepolitik, die ehrlich ist.

.
. .
.

Quellen: www.youtube.com/watch?v=n_5qEqlsN8k

**Windkraft um jeden Preis?
Diese Subventionspolitik muss
endlich enden**



**BITTE JEDER DIE AKTUELLE PETITION
IM BUNDESTAG UNTERZEICHNEN:**

**WIR BRAUCHEN 30.000 UNTERSCHRIFTEN
BIS 16.04.2026**

https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2026/_01/_08/Petition_193142.html

Die Debatte über den Ausbau der Windkraft wird in Deutschland seit Jahren mit einer auffälligen moralischen Schärfe geführt. Wer zustimmt, gilt als zukunftsorientiert. Wer widerspricht, wird schnell als rückständig, unvernünftig oder gar verantwortungslos abgestempelt. Doch hinter dieser aufgeladenen Fassade wächst bei immer mehr Menschen der Eindruck, dass hier etwas grundsätzlich aus dem Ruder gelaufen ist. Denn was offiziell als notwendiger Fortschritt verkauft

wird, ist vielerorts nichts anderes als ein politisch aufgeblähtes Fördersystem, das wirtschaftliche Schwächen kaschiert, Natur und Landschaft belastet und die finanziellen Folgen auf die Allgemeinheit abwälzt.

Genau an diesem Punkt setzt die Petition 193142 an, die am 08.01.2026 beim Deutschen Bundestag eingereicht wurde. Sie fordert eine grundlegende Reform der bestehenden Subventionspolitik des Bundes für die Errichtung von Windenergieanlagen. Im Zentrum der Kritik steht vor allem das sogenannte Referenzertragsmodell, also jenes System, das dafür sorgt, dass sich Windkraftanlagen nicht nur an wirklich geeigneten Standorten rechnen, sondern auch dort, wo der Wind von Natur aus kaum ausreicht. Dass ein solches Modell seit Jahren politisch verteidigt wird, ist bezeichnend für eine Energiewendepolitik, die sich immer weiter von wirtschaftlicher Vernunft, naturverträglicher Planung und demokratischer Ehrlichkeit entfernt hat.

Ein Fördersystem gegen jede natürliche Logik

Es gibt Wahrheiten, die so schlicht sind, dass man sich wundern muss, warum sie überhaupt noch ausgesprochen werden müssen. Eine davon lautet: Wo zu wenig Wind weht, dort ist ein Standort für Windenergie nicht geeignet. Diese Einsicht ergibt sich nicht aus Ideologie, sondern aus elementarer Vernunft. Eine Anlage, die an einem schwachwindigen Ort nur deshalb gebaut wird, weil staatliche Förderregeln sie künstlich tragfähig machen, ist kein Erfolg der Energiewende, sondern ein Beleg für ihre Fehlsteuerung.

Genau das kritisiert die Petition mit bemerkenswerter Klarheit. Das bestehende Fördersystem führt dazu, dass wirtschaftlich ungeeignete Standorte nicht aussortiert, sondern durch politische Mechanismen künstlich aufgewertet

werden. Auf dem Papier erscheinen sie rentabel, in der Realität aber nur deshalb, weil ihnen der Staat über Fördermodelle die nötige Wirtschaftlichkeit verschafft. Was also nach Investition und Zukunft klingt, ist bei näherem Hinsehen oft ein staatlich alimentiertes Konstrukt, das unter echten Marktbedingungen nie Bestand hätte.

Das Problem liegt nicht nur in einzelnen Fehlentwicklungen, sondern im Prinzip selbst. Denn wenn der Staat gezielt dort höhere Anreize setzt, wo die natürlichen Voraussetzungen schwach sind, dann wird nicht mehr nach Eignung geplant, sondern gegen sie. Der Ausbau folgt dann nicht länger dem Maßstab von Effizienz und Sinnhaftigkeit, sondern dem politischen Willen, möglichst überall Windkraft durchzusetzen – notfalls auch gegen Natur, Landschaft, Wirtschaftlichkeit und den gesunden Menschenverstand.

Das Referenzertragsmodell als politischer Trick

Das Referenzertragsmodell wird oft technisch und nüchtern beschrieben, als handele es sich um ein sachliches Instrument ohne größere gesellschaftliche Brisanz. Tatsächlich aber ist es eines der zentralen Werkzeuge, mit denen die Ausweitung der Windkraft in immer neue Regionen ermöglicht wurde. Es sorgt dafür, dass Standorte mit geringer Windhöflichkeit besonders begünstigt werden. Je schlechter also die natürlichen Bedingungen, desto stärker greift die politische Korrektur.

Allein darin liegt bereits ein bemerkenswerter Widerspruch. Was in einer vernünftigen Energiepolitik eigentlich ein Ausschlusskriterium sein müsste – nämlich mangelnder Wind –, wird im deutschen Fördersystem zum Anlass für besondere Unterstützung. Der natürliche Nachteil eines Standortes wird nicht als Grenze anerkannt, sondern durch staatliche Eingriffe kompensiert. Damit wird aus einem objektiv schwachen Standort

ein scheinbar wirtschaftlicher. Doch dieser Schein ist teuer erkaufte.

Die Kosten verschwinden ja nicht. Sie werden nur verlagert. Am Ende zahlen nicht die Projektierer den Preis für schlechte Standortentscheidungen, sondern die Allgemeinheit. Stromkunden tragen die Last über höhere Preise, Steuerzahler über staatlich flankierte Fördermechanismen, Kommunen über soziale Konflikte und Bürger vor Ort über den Verlust von Landschaft, Ruhe und gewachsener Lebensqualität. Was also als energiewirtschaftliche Modernisierung verkauft wird, ist in Wahrheit vielfach eine systematische Umverteilung von Belastungen nach unten und von Gewinnen nach oben.

Die große Lebenslüge der Energiewende

Die politische Erzählung lautet seit Jahren, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien alternativlos sei und jede neue Windkraftanlage automatisch einen Fortschritt darstelle. Genau diese vereinfachende Sichtweise hat die Debatte vergiftet. Denn sie tut so, als sei die bloße Zahl neuer Anlagen bereits ein Beweis für Erfolg. Sie fragt nicht mehr ernsthaft danach, wo gebaut wird, mit welcher Effizienz gebaut wird, zu welchem Preis gebaut wird und welche Schäden dabei entstehen.

Diese Verengung ist kein Zufall. Sie ist Teil einer politischen Strategie, die Quantität über Qualität stellt. Hauptsache, es wird gebaut. Hauptsache, die Ausbauzahlen stimmen. Hauptsache, man kann neue Genehmigungen, neue Flächen und neue Projekte vermelden. Ob ein Standort sinnvoll ist, ob die tatsächliche Stromausbeute den Eingriff rechtfertigt, ob Anwohner überfordert werden und ob Naturgüter dauerhaft geschädigt werden, tritt immer weiter in den Hintergrund.

Gerade darin liegt die große Lebenslüge dieser Politik. Denn

eine Energiewende, die sich nur durch immer tiefere Eingriffe, immer größere Subventionslasten und immer mehr politische Schönfärberei aufrechterhalten lässt, ist kein überzeugendes Zukunftsmodell. Sie lebt von der Behauptung, dass jedes Opfer notwendig sei und jede Kritik unseriös. Doch diese Behauptung verliert an Glaubwürdigkeit, je mehr Menschen erleben, wie rücksichtslos vor Ort geplant und wie selektiv über die Folgen gesprochen wird.

Wenn Bürger zahlen und andere profitieren

Der Unmut vieler Menschen entzündet sich nicht allein an den Anlagen selbst, sondern an dem Gefühl, dass hier ein System entstanden ist, in dem Verantwortlichkeiten konsequent verschoben werden. Die Gewinne liegen bei Investoren, Betreibern und Projektentwicklern. Die Lasten dagegen werden sozialisiert. Genau das ist einer der Gründe, warum die Akzeptanz der Windkraftpolitik in vielen Regionen dramatisch sinkt.

Denn die Bürger sehen sehr genau, was passiert. Sie sehen, dass ihre Stromkosten steigen. Sie sehen, dass politische Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Sie sehen, dass einst geschützte oder sensible Landschaftsräume zunehmend zur Verfügungsmasse einer ideologisch aufgeladenen Ausbaupolitik werden. Und sie sehen, dass ihre Einwände zwar angehört, aber immer seltener ernst genommen werden.

Besonders bitter ist dabei der moralische Ton, mit dem diese Politik oft begleitet wird. Wer sich gegen ein Projekt vor der eigenen Haustür wehrt, wird schnell als egoistisch dargestellt. Wer auf Landschaftszerstörung oder mangelnde Wirtschaftlichkeit hinweist, gilt plötzlich als Fortschrittsfeind. Wer Natur schützen will, muss sich rechtfertigen, während diejenigen, die ganze Räume

industrialisieren, sich als Bewahrer der Zukunft inszenieren. Diese Verdrehung ist nicht nur arrogant, sondern demokratisch brandgefährlich. Sie zerstört Vertrauen, weil sie berechtigte Kritik nicht widerlegt, sondern diffamiert.

Natur und Landschaft sind keine Verfügungsmasse

Für Bürgerinitiativen wie ProNatur ist die Frage der Subventionspolitik deshalb untrennbar mit dem Schutz von Natur und Landschaft verbunden. Denn Förderlogik bleibt nie abstrakt. Sie setzt sich immer in konkrete Eingriffe um. Jeder künstlich attraktiv gerechnete Standort bedeutet am Ende reale Flächeninanspruchnahme, neue Zuwegungen, Rodungen, Bodenversiegelung, technische Überformung und einen weiteren Verlust an Unberührtheit und Heimatqualität.

Gerade in windschwächeren Regionen ist dieser Widerspruch besonders deutlich. Dort ist der energetische Nutzen häufig begrenzter, während der landschaftliche Schaden umso gravierender ausfällt. Wälder, Höhenzüge, Offenlandschaften und historisch gewachsene Kulturräume werden mit Anlagen überzogen, die sich unter normalen Bedingungen nie hätten durchsetzen können. Der Staat schafft also erst durch seine Förderpolitik die Voraussetzungen dafür, dass Naturzerstörung an ungeeigneten Standorten überhaupt wirtschaftlich interessant wird.

Das ist der eigentliche Skandal. Nicht allein, dass gebaut wird, sondern dass politische Regeln die Zerstörung überhaupt erst rentabel machen. Natur und Landschaft werden so zum Kollateralschaden einer Politik, die sich selbst als ökologisch bezeichnet, obwohl sie in der Fläche oft genau das Gegenteil bewirkt. Wer den Begriff Nachhaltigkeit ernst nimmt, kann eine solche Praxis nicht verteidigen.

Die Akzeptanzkrise ist hausgemacht

Die politische Klasse beklagt gerne mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung, als handle es sich um ein Kommunikationsproblem. Als müsste man den Menschen nur besser erklären, warum sie Eingriffe in ihre Umgebung hinnehmen sollen. Doch diese Sichtweise ist bequem und falsch. Die Akzeptanzkrise ist nicht das Ergebnis misslungener Öffentlichkeitsarbeit. Sie ist das direkte Resultat einer Politik, die Bürgerinteressen systematisch entwertet und Kritik reflexhaft moralisch abwehrt.

Menschen verlieren nicht deshalb Vertrauen, weil sie Fortschritt grundsätzlich ablehnen. Sie verlieren Vertrauen, wenn sie den Eindruck gewinnen, dass politische Entscheidungen nicht mehr dem Gemeinwohl dienen, sondern einem dogmatischen Ausbauprogramm. Sie verlieren Vertrauen, wenn offensichtliche Widersprüche nicht benannt werden dürfen. Sie verlieren Vertrauen, wenn sie erleben, dass wirtschaftlich fragwürdige Projekte mit großem Nachdruck durchgesetzt werden, obwohl die Belastungen vor Ort enorm sind.

Die **Petition 193142** ist deshalb auch Ausdruck einer tieferen gesellschaftlichen Erschöpfung. Sie macht deutlich, dass immer mehr Bürger nicht länger bereit sind, die offizielle Erzählung widerspruchlos zu akzeptieren. Sie verlangen eine Rückkehr zu Maß, Vernunft und Verantwortlichkeit. Sie verlangen, dass politische Entscheidungen wieder auf nachvollziehbaren Kriterien beruhen und nicht auf der Logik permanenter Förderung.

Eine Reform ist keine Radikalität, sondern überfällig

Es ist bemerkenswert, wie schnell in Deutschland jede grundlegende Kritik an der Windkraftförderung als radikal

etikettiert wird. Dabei ist die Forderung der Petition in Wahrheit ausgesprochen moderat. Sie verlangt nichts anderes, als dass Windenergieanlagen dort errichtet werden sollen, wo eine ausreichende Windhöffigkeit besteht und ein wirtschaftlicher Betrieb ohne dauerhafte Subventionierung möglich ist. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Denn welche andere Infrastruktur würde man ernsthaft nach dem Prinzip planen, dass fehlende Eignung einfach durch staatliche Dauerhilfe ersetzt wird? In kaum einem anderen Bereich würde man es hinnehmen, dass objektiv schwache Voraussetzungen nicht zum Ausschluss führen, sondern zum Fördervorteil werden. Genau deshalb trifft die Petition einen so empfindlichen Punkt: Sie entlarvt die Windkraftförderung als Bereich, in dem politische Zielvorgaben die Realität längst überlagert haben.

Eine Reform der Subventionspolitik ist daher kein Angriff auf Vernunft, sondern ihre Wiederherstellung. Es geht nicht darum, jede Form von Windenergie pauschal abzulehnen. Es geht darum, endlich wieder zwischen geeigneten und ungeeigneten Standorten zu unterscheiden, zwischen sinnvollen Projekten und künstlich am Leben gehaltenen Vorhaben, zwischen echter Nachhaltigkeit und teuer subventionierter Symbolpolitik.

Schluss mit der Schönfärberei !!!

Die Zeit der politischen Beschwichtigungen muss vorbei sein. Es reicht nicht mehr, immer neue Anlagen mit immer neuen Rechtfertigungen zu versehen, während die finanziellen, ökologischen und sozialen Schäden weiter wachsen. Es reicht nicht, Bürgern Opfer abzuverlangen und ihnen zugleich zu erklären, sie müssten diese Opfer als Fortschritt verstehen. Es reicht nicht, Naturzerstörung als Klimaschutz zu etikettieren und wirtschaftliche Fehlsteuerung als Erfolgsgeschichte zu verkaufen.

Die **Petition 193142** ist deshalb ein notwendiger Weckruf. Sie

erinnert daran, dass auch die Energiewende den Regeln von Vernunft, Ehrlichkeit und Verhältnismäßigkeit unterliegen muss. Ein Fördersystem, das schwachwindige Standorte künstlich attraktiv macht, ist kein Ausdruck intelligenter Politik, sondern ein Symptom politischer Selbstüberschätzung. Wer echte Nachhaltigkeit will, muss aufhören, ungeeignete Projekte mit dem Geld der Allgemeinheit künstlich zu vergolden.

Deutschland braucht keine Windkraft um jeden Preis. Deutschland braucht endlich eine ehrliche Debatte darüber, wo Windenergie sinnvoll ist, wo ihre Grenzen liegen und warum Natur, Landschaft und Bürgerinteressen nicht länger dem Zwang eines ideologisierten Ausbauprogramms geopfert werden dürfen. Genau deshalb verdient diese Petition Aufmerksamkeit, Unterstützung und öffentliche Debatte. Denn sie stellt die Frage, die längst viel zu lange verdrängt wurde: Wie viel Fehlsteuerung will sich dieses Land eigentlich noch leisten?

**BITTE JEDER DIE AKTUELLE PETITION IM
BUNDESTAG UNTERZEICHNEN:**

**WIR BRAUCHEN 30.000 UNTERSCHRIFTEN BIS
16.04.2026**

https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2026/_01/_08/Petition_193142.html

Wenn der Wind krank macht –

Ein Urteil erschüttert die Windkraftbranche



**Frankreich setzt ein Zeichen:
Erstmals erkennt ein Gericht den
direkten Zusammenhang zwischen
Windrädern und Gesundheitsschäden
an**

Es war ein ganz normaler Herbsttag im November, als in Straßburg ein Urteil gefällt wurde, das die Windkraftbranche in ihren Grundfesten erschüttern sollte. Still, fast unbemerkt von der großen Öffentlichkeit, sprach das Zivilgericht des Tribunal judiciaire de Strasbourg aus, was Tausende von Anwohnern in ganz Europa seit Jahren verzweifelt zu beweisen

versuchen: Windräder machen krank. Nicht als Einbildung, nicht als Hysterie – sondern als juristisch anerkannte, medizinisch belegte Tatsache.

Eine ehemalige Lehrerin aus einem kleinen Dorf in der Somme, die seit 1985 gemeinsam mit ihrem Mann das ruhige Landleben genoss, steht im Mittelpunkt dieses historischen Verfahrens. Seit 2009 – dem Jahr, in dem zwölf Windmasten buchstäblich am Ende ihres Gartens errichtet wurden – ist von Ruhe keine Rede mehr. Was folgte, war ein schleichender, zermürender Albtraum.

Das Ende der Stille

Stellen Sie sich vor: Sie haben Ihr Leben lang für ein Stück Frieden auf dem Land gearbeitet. Ein Haus, ein Garten, frische Luft, Vogelgezwitscher. Dann, von einem Tag auf den anderen, ragen zwölf stählerne Giganten aus dem Boden – tagsüber mit weißem Blinklicht, nachts mit rotem. Die Rotorblätter drehen sich unaufhörlich, Tag und Nacht, Sommer wie Winter. Und mit ihnen beginnt ein Geräusch, das man nicht wirklich hören kann – aber das man fühlt. Tief im Körper. Im Kopf. In den Knochen.

Genau das beschreibt die Klägerin aus der Somme. Schwindel. Schlafstörungen. Angstzustände. Konzentrationsprobleme. Kopfschmerzen, die sich schleichend entwickelten – zwei bis drei Monate nach der Inbetriebnahme der Anlage – und die verschwanden, sobald sie das Haus verließ oder die Windräder abgeschaltet wurden. Die Korrelation war eindeutig. Für die Betroffene. Für ihren Neurologen. Und nun auch für das Gericht.

„Das Gericht stellt fest, dass der Betrieb der in der Nähe des Wohnhauses von Frau [...] errichteten Windkraftanlagen die direkte und sichere Ursache des Stresses und der Angst ist, die die Betroffene empfindet“, heißt es im Urteil vom 13. November. Klarer kann ein Richterspruch kaum sein.

Das Schweigen der Wissenschaft – und das Leiden der Menschen

Was diesen Fall so brisant macht, ist nicht nur das Urteil selbst. Es ist die jahrelange Ignoranz, mit der Behörden, Politiker und Teile der Wissenschaft die Klagen von Anwohnern abgetan haben. Das sogenannte „Windrad-Syndrom“ – ein Begriff, den Betroffene selbst geprägt haben – wurde jahrelang belächelt, als psychosomatisch abgestempelt, als Einbildung von Fortschrittsfeinden und Nimbys (Not in my backyard) abgetan.

Dabei ist die Liste der Symptome erschreckend konsistent: Tinnitus, Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Gedächtnisprobleme, anhaltende Erschöpfung, Depressionen, Schwindel, Übelkeit. Immer wieder dieselben Beschwerden. Immer wieder dieselbe Quelle.

Rechtsanwalt Philippe Bodereau, der die Klägerin vertrat, legte den Richtern ein beeindruckendes Dossier vor. Darunter der Bericht des französischen **Dr. Pierpont**, der die vielfältigen Lärmbelästigungen durch Windräder dokumentiert. Dazu eine amerikanische Studie des **Dr. Nissebaum** aus dem US-Bundesstaat Maine, die einen klaren Zusammenhang zwischen der Entfernung von Windrädern und dem Auftreten von Schlafstörungen sowie Depressionen bei Anwohnern belegt. Je näher die Turbinen, desto schwerer die Symptome. Eine Erkenntnis, die eigentlich niemanden überraschen sollte – außer vielleicht jene, die an der Windkraft verdienen.

Die unsichtbare Bedrohung: Infraschall

Besonders alarmierend ist die Rolle der sogenannten **Infraschallwellen** – Töne unterhalb von 20 Hertz, die das menschliche Ohr nicht wahrnehmen kann, die der Körper aber dennoch registriert. Man hört sie nicht. Man spürt sie. Und genau das macht sie so gefährlich: Man kann sich nicht dagegen

wehren, weil man sie nicht bewusst wahrnimmt.

Ein Dokument einer Behörde zur Prävention beruflicher Risiken, das Bodereau den Richtern vorlegte, ist in seiner Deutlichkeit erschreckend: Bei „ausreichend intensiver und wiederholter Exposition“ verursachen diese unhörbaren Schallwellen **Unbehagen, Erschöpfung, Reizbarkeit, Kopfschmerzen, Schwindel und Übelkeit**. Symptome, die sich wie eine Blaupause der Beschwerden lesen, die Windkraftanwohner seit Jahren schildern.

Das Perfide dabei: Infraschall lässt sich kaum abschirmen. Er durchdringt Wände, Decken, Böden. Der Windkraftbetreiber hatte zwar Schallschutzmaßnahmen im Schlafzimmer der Klägerin durchführen lassen – doch ohne Erfolg. Und genau hier liegt, wie Bodereau treffend anmerkt, eine bittere Ironie: **Warum sollte ein Unternehmen teure Dämmarbeiten in einem Privathaus bezahlen, wenn es nicht selbst wüsste, dass seine Anlagen Schaden anrichten?** Diese Maßnahme ist nichts anderes als ein stilles Schuldeingeständnis.

Ein Präzedenzfall – und seine Vorgeschichte

Das Urteil von Straßburg steht nicht allein. Bereits 2021 hatte das **Berufungsgericht Toulouse** einem Ehepaar aus dem Tarn Recht gegeben, das unter Schwindel, Kopfschmerzen und einem permanenten Gefühl der Beklemmung litt. Das Gericht erkannte eine „abnormale Nachbarschaftsstörung“ an – und der Windparkbetreiber musste **100.000 Euro Entschädigung** zahlen.

Nun, in Straßburg, geht die Justiz noch einen entscheidenden Schritt weiter: Nicht nur eine Störung wird anerkannt, sondern ein **direkter Kausalzusammenhang** zwischen dem Betrieb der Windräder und den Gesundheitsschäden. Die Klägerin erhielt 8.300 Euro Entschädigung, ihr Ehemann – dessen Lebensqualität durch das Leiden seiner Frau ebenfalls massiv beeinträchtigt

wurde – weitere 5.000 Euro.

Für Anwalt Bodereau ist dies ein historischer Moment: „Zum ersten Mal wird eine Verbindung zwischen dem Betrieb von Windkraftanlagen und den Auswirkungen auf die körperliche und seelische Gesundheit hergestellt.“

Behörden schauen weg – Betroffene zahlen den Preis

Während die Justiz langsam aufwacht, schlafen die Gesundheitsbehörden weiter. **Die Académie nationale de médecine** erklärte noch 2017 in einem Bericht, die Rolle des Infraschalls könne „vernünftigerweise ausgeschlossen werden“. Die **ANSES** – Frankreichs Behörde für Lebensmittel-, Umwelt- und Arbeitssicherheit – sieht keinen Anlass, die Regulierung von Windparks zu verschärfen.

Und doch: Selbst die **ANSES** muss einräumen, dass „die potenziellen Auswirkungen von Infraschall und Niederfrequenzschall auf die Gesundheit bisher nur wenig wissenschaftlich untersucht wurden“. Man empfiehlt daher, „die Forschung zu den Zusammenhängen zwischen Gesundheit und Exposition gegenüber Infraschall und Niederfrequenzschall fortzusetzen“.

Mit anderen Worten: **Wir wissen es nicht genau – aber wir bauen trotzdem weiter.** Tausende von Windrädern werden errichtet, Millionen von Menschen leben in ihrer Nähe, und die Forschung hinkt hinterher. Das ist keine Energiepolitik. Das ist ein Experiment am lebenden Menschen.

Was bedeutet das für Deutschland?

Frankreich hat gesprochen. Und die Frage, die sich nun stellt, ist: Wann zieht Deutschland nach?

Hierzulande leben Hunderttausende von Menschen in der Nähe von Windkraftanlagen. Der Mindestabstand von 500 Metern – in manchen Bundesländern sogar weniger – erscheint angesichts der vorliegenden Erkenntnisse wie ein schlechter Witz. In Bayern gilt zwar die sogenannte **10H-Regelung**, die einen Mindestabstand vom Zehnfachen der Anlagenhöhe vorschreibt – doch diese wurde von der Regierung faktisch ausgehöhlt.

Während Politiker und Lobbyisten die Energiewende als alternativlos feiern, zahlen die Menschen in den betroffenen Dörfern den Preis: mit ihrer Gesundheit, mit ihrer Lebensqualität, mit dem Wert ihrer Häuser – und mit dem Schlaf, den sie Nacht für Nacht verlieren.

Fazit: Das Schweigen hat ein Ende

Das Urteil von Straßburg ist mehr als eine juristische Entscheidung. Es ist ein Dambruch. Es gibt den Betroffenen ihre Würde zurück. Es sagt: Ihr habt nicht übertrieben. Ihr habt nicht fantasiert. Ihr habt gelitten – und das war real.

Die Windkraftindustrie, die Milliarden mit dem grünen Gewissen der Gesellschaft verdient, wird sich nun warm anziehen müssen. Denn wenn Gerichte erst einmal anfangen, Kausalzusammenhänge anzuerkennen, werden die Klagen nicht weniger werden. Sie werden mehr.

Und vielleicht – nur vielleicht – wird dann endlich die Frage gestellt, die längst hätte gestellt werden müssen: **Zu welchem Preis wollen wir die Energiewende?** Und wer bezahlt ihn?

Quellen: Le Figaro, Urteil des Tribunal judiciaire de Strasbourg vom 13. November 2025, Berufungsgericht Toulouse 2021, ANSES-Bericht, Académie nationale de médecine 2017

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/la-justice-fait-le-lien-entre-les-problemes-de-sante-d-une-habitante-de-la-somme-et-la-proximite-d-un-parc-eolien-20260122>

**Mehr als 100 Teilnehmer bei
friedlicher Demonstration –
Initiativen zeigen wachsenden
Zusammenhalt**



Bei einer Demonstration am vergangenen Wochenende versammelten sich deutlich mehr Menschen als ursprünglich erwartet. Statt einer kleinen Gruppe standen am Ende über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen, um ein gemeinsames Zeichen zu setzen.

Unterstützer reisten dabei nicht nur aus der unmittelbaren Umgebung an, sondern auch aus Städten wie Nürnberg, Cham und Barbing.

Nach Angaben der Organisatoren verlief die Veranstaltung durchgehend friedlich. Besonders positiv wurde der große Zuspruch anderer Bürgerinitiativen bewertet, die ihre Unterstützung vor Ort zum Ausdruck brachten. Auch zahlreiche Passantinnen und Passanten suchten das Gespräch mit den Demonstrierenden und äußerten Dankbarkeit für deren Engagement.



Neben den positiven Eindrücken gab es jedoch auch kritische Stimmen aus den Reihen der Veranstalter. Insbesondere aus den umliegenden und unmittelbar betroffenen Ortschaften hätte man sich eine stärkere Beteiligung gewünscht. Wenn sich gerade

diejenigen, die direkt betroffen seien, nicht sichtbar positionierten, sende dies nach Ansicht der Initiatoren ein eher schwaches Signal.

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder erreichte den Veranstaltungsort zwar über einen Hintereingang, dennoch seien Anliegen und Protest nach Einschätzung der Demonstrierenden deutlich wahrgenommen worden. Bereits zuvor hatte Söder an einem Termin teilgenommen, bei dem ebenfalls Kritik am Ausbau von Windkraftanlagen geäußert worden war. Für die Organisatoren ist dies ein Hinweis darauf, dass der Widerstand gegen entsprechende Projekte zunehmend wächst – wenn auch bislang noch zurückhaltend.



Auch Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche werde derzeit als offener gegenüber den vorgebrachten Argumenten wahrgenommen, heißt es aus dem Umfeld der Initiative.

Die Demonstrierenden kündigten an, ihr Engagement fortzusetzen: „Wir bleiben dran“, lautet das Fazit der Organisatoren nach einem insgesamt erfolgreichen und friedlich verlaufenen Protesttag.

„Jetzt red i“ in Atting: Viel Meinung, wenig Substanz

Ein Kommentar der BI-Pro Natur

Wer die BR-Sendung „Jetzt red i“ aus Atting verfolgt hat, konnte den Eindruck gewinnen, dass zentrale Zusammenhänge nur unvollständig dargestellt wurden. Gerade bei einem Thema wie der Energiepolitik ist jedoch eine ehrliche und vollständige Betrachtung entscheidend.

Arbeitsplätze: Wachstum hier – Abbau dort

Josef Gold betonte, die Erneuerbaren hätten in den letzten drei Jahren 100.000 Arbeitsplätze geschaffen. Diese Zahl steht erstmal im Raum – doch sie beschreibt nur einen Ausschnitt der Realität.

Gleichzeitig verliert die deutsche Industrie massiv an Substanz. Schätzungen zufolge sind 2025 hier rund 124.000 Arbeitsplätze weggefallen, insbesondere im Automobil- und Metallsektor. Diese Entwicklung bleibt in der Erfolgserzählung unerwähnt.

Wer ausschließlich den Zuwachs in einer stark staatlich geförderten Branche hervorhebt, während energieintensive Kernindustrien unter Kostendruck geraten oder Standorte verlagern, zeichnet ein unvollständiges Bild. Es entsteht der Eindruck, dass Daten selektiv präsentiert werden – so, dass sie die eigene Argumentation stützen, während strukturelle Gegenentwicklungen ausgeblendet bleiben.

Eine seriöse Debatte müsste beide Seiten der Medaille beleuchten: die neu entstehenden Arbeitsplätze ebenso wie die Verluste in traditionellen Industriezweigen – und vor allem die Frage, ob hier eine nachhaltige Wertschöpfung entsteht oder lediglich eine Verschiebung unter veränderten Rahmenbedingungen.

Strompreise: Gesunken – aber warum?

Es wurde von Gold auch betont, Deutschland habe nicht mehr die höchsten Strompreise Europas und inzwischen lägen zehn andere Länder darüber.

Was dabei kaum Erwähnung fand: Die EEG-Umlage, die über Jahre maßgeblich zur Höhe der Strompreise beitrug, wird heute nicht mehr über die Stromrechnung, sondern aus Steuermitteln finanziert. Die Belastung verschwindet damit nicht – sie wird lediglich anders verteilt.

Gleichzeitig sind andere Länder durch CO₂-Bepreisung ihrer Kohlekraftwerke zusätzlich belastet. Eine im politischen Rahmen veränderte Preisstruktur in Europa als nationalen Erfolg darzustellen, greift daher zu kurz.

Auch hier zeigt sich ein Muster: Einzelne Kennzahlen werden hervorgehoben, während systemische Zusammenhänge – Finanzierung, Umlagen, Netzstabilisierung – nur am Rande vorkommen. Das Ergebnis ist eine halbe Wahrheit, die sich gut präsentieren lässt, aber nicht das vollständige Bild abbildet.

Der Preis der Versorgungssicherheit

Wind- und Solarstrom sind in der Erzeugung günstig – doch sie liefern nicht kontinuierlich. Deshalb braucht es Backup-Kraftwerke, Netzausbau und Speicherlösungen.

Zur Stabilisierung der Netzentgelte werden für 2026 staatliche Mittel in Höhe von 6,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Ohne diese Zuschüsse würden die Netzkosten deutlich steigen. Der Strom mag an der Quelle preiswert sein – die Systemkosten sind es nicht.

Eine ehrliche Kostenbilanz müsste Erzeugung, Netzausbau, Reservekapazitäten und staatliche Zuschüsse gemeinsam betrachten.

Vom Waldschützer zum Ausbau-Beschleuniger?

Besonders auffällig war die veränderte Tonlage bei Hubert Aiwanger. Noch vor wenigen Jahren stand er öffentlich für den Schutz bayerischer Wälder und verteidigte die 10H-Regelung als Schutzinstrument für Mensch und Natur. Heute tritt er als Befürworter eines beschleunigten Ausbaus auf – auch in sensiblen Waldregionen.

Politische Positionen dürfen sich ändern. Doch eine solche Kursverschiebung wirft Fragen auf. Was hat sich in der Bewertung grundlegend verändert? Welche neuen Erkenntnisse rechtfertigen eine Abkehr von früher vertretenen Grundsätzen? Und weshalb wird der Ausbau nun als alternativlos dargestellt, wo zuvor Zurückhaltung gefordert wurde?

Wer politische Verantwortung trägt, sollte Richtungswechsel nachvollziehbar begründen. Gerade beim Thema Waldschutz

erwarten viele Bürgerinnen und Bürger Kontinuität – oder zumindest eine transparente Erklärung für den Wandel.

Verschobene Maßstäbe – vom Kompromiss zur Ausweitung

Die Entwicklung bei den Kolleginnen und Kollegen der EjUn verdeutlicht, wie sich Debatten im Laufe der Zeit verschieben können – ohne dass dies hier bewertet werden soll.

Zu Beginn der Diskussion wurden zwei bis drei Windräder als „vertretbarer Kompromiss“ bezeichnet. Inzwischen ist in öffentlichen Aussagen von rund zehn Anlagen die Rede, die man mittragen wolle. Diese Veränderung wirft Fragen auf: Wenn anfangs wenige Anlagen als obere Grenze definiert wurden, wie kommt es zu einer derart deutlichen Ausweitung innerhalb relativ kurzer Zeit?

Es entsteht der Eindruck, dass durch zunehmende Kompromissbereitschaft versucht wird, Einfluss zu behalten oder als konstruktiver Gesprächspartner wahrgenommen zu werden. Doch erfahrungsgemäß führt diese Strategie selten dazu, dass Ausbaupläne tatsächlich kleiner werden. Häufig verschiebt sich vielmehr der Ausgangspunkt der Debatte – und mit ihm die Akzeptanzgrenze.

Genau hier liegt das Problem: Wer einmal signalisiert, dass eine bestimmte Zahl „vertretbar“ sei, öffnet die Tür für weitere Forderungen. Aus drei werden fünf, aus fünf werden zehn. Die Diskussion verlagert sich Schritt für Schritt – ohne dass die grundlegende Frage neu gestellt wird.

Wir haben uns bewusst für einen anderen Weg entschieden. Unsere Position ist klar und bleibt klar: In unseren windschwachen Regionen stehen Nutzen und Eingriff in keinem

angemessenen Verhältnis. Deshalb halten wir weder drei noch zehn Anlagen für sinnvoll.

Standhaftigkeit mag weniger kompromissbereit wirken – sie schafft jedoch Transparenz und Verlässlichkeit. Und genau das erwarten wir auch in dieser Debatte.

Schlusswort

Die Energiewende braucht Transparenz, belastbare Zahlen und eine vollständige Betrachtung aller Kosten und Folgen. Was sie nicht braucht, sind selektive Darstellungen oder politisch motivierte Verkürzungen.

Wir bleiben bei unserer Linie – sachlich, kritisch und unabhängig.

Eure BI-Pro Natur



Die Moderatoren Tilmann Schöberl (Bildmitte) und Franziska Eder (am Laptop) mit Hubert Aiwanger und Katharina Dröge in Atting

Foto: Patrick Fuchs

Jetzt red't Atting

Ist die Energiewende Fluch, Segen – oder beides in einem für die Wirtschaft? Diese Frage wurde bei „Jetzt red i“ diskutiert. Zwischen Windrädern, PV-Anlagen und „Unsinn“.

Straubing-Bogen. Vor 40 Jahren sagten die Leute noch: „Ihr spinnt's doch“, als Josef Gold begann, mit erneuerbaren Energien sein Geschäft zu machen. Nun ist nicht nur sein Betrieb auf über 50 Mitarbeiter gewachsen – und hat sich als Erfolgsgeschichte herausgestellt, sondern auch die Erneuerbaren haben einen weiten Weg hinter sich. Aus der Nische hin zum Zukunftsmodell der Stromversorgung. Doch nicht überall stößt die damit einhergehende Energiewende auf Jubelschreie. Einige sehen darin auch eine ideologisch getriebene Selbstsabotage der Wirtschaft. Was davon stimmt denn nun? Das wurde in Atting heiß diskutiert.

Der Bayerische Rundfunk veranstaltete im Attinger Bürgerhaus sein beliebtes Bürgerdialogformat „jetzt red i“. Unter der zentralen Frage: „Zoff um Energiewende – Bremsen zu viel Klimaschutz die Wirtschaft aus?“ diskutierten der bayerische Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger und die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Katharina Dröge, untereinander und mit den Menschen aus dem Landkreis.

„Wir brauchen mehr Klimaschutz, ned weniger“

„Wir brauchen mehr Klimaschutz, ned weniger“, richtete Josef Gold an den Wirtschaftsminister. Er kritisierte das Vorhaben Aiwangers, die bayerische Klimaneutralität nach 2050 zu verschieben, damit schade man nämlich nicht nur der Umwelt, sondern auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Denn er sehe in der Energiewende keine Wirtschaftsbremse, vielmehr einen Job-Motor. Es seien dank der erneuerbaren Energie in den vergangenen drei Jahren 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Außerdem sei der Strompreis in den vergangenen zehn Jahren wegen des Ausbaus von Grünstromanlagen drastisch gesunken. „Vor zehn Jahren hatten wir den teuersten Strom Europas. Jetzt sind zehn andere Länder hinter uns“, sagt Gold und fügt an, dass das überwiegend die Ostblockländer seien, die nicht auf den Ausbau der Erneuerbaren setzen.

„Das ist ja schön, wenn der, der



Josef Gold und der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger diskutierten auch nach der Liveübertragung noch angeregt.

Photovoltaik- und Windkraftanlagen verkauft, auch daran verdient“, entgegnet Aiwanger Golds Ausführungen. Er sei für den Ausbau der Erneuerbaren, jedoch mit Maß. Man müsse auch auf die energieintensiven Industrien wie Automobil und Chemie schauen. Dort sei man im Wettkampf mit der ganzen Welt und brauche billigen, verfügbaren Strom, um wettbewerbsfähig zu bleiben. „Nur mit Erneuerbaren wird's auf die Schnelle nicht gehen“, so Aiwanger.

Ein falscher Widerspruch, wie die Grüne Dröge findet. Man könne nicht sagen, man finde die Energiewende wichtig – und „alles daran setzen, die Energiewende auszu-bremsen“, richtete sie an die bayerische Landesregierung. „Unsinn! Unsinn! Unsinn!“, quitierte Aiwanger die Vorwürfe der Grünen. Denn genau durch erneuerbare

Energien erreiche man laut Dröge langfristig wettbewerbsfähige Strompreise. „Sie sind die günstigste Form, Strom zu erzeugen“, argumentiert Dröge. Deshalb sei es „wahnsinnig“, nun wieder auf Gas zu setzen. Besonders das aus Donald Trumps Amerika.

Windräder im Labertal sorgen für Gesprächsstoff

Das will Aiwanger aber nicht auf sich sitzen lassen. „Kein bayerischer Minister hat so viel für den Ausbau von Solar- und Windkraft getan wie ich“, wollte er klarstellen. Im Gegenteil kämen die Leute schon auf ihn zu und würden ihn angreifen, er würde sich zu sehr für Windräder einsetzen. Ein Thema, das auch in Laberweinting hochkochte. Dort fürchtet die Bürgerinitiative Ejun eine Umzingelung.

Drei Investoren wollen dort 19 Windräder bauen. Simon Berleb, als Sprecher der Initiative, war ebenfalls vor Ort. Ihm gebe es nicht darum, Windkraft grundsätzlich zu verhindern. Zehn Räder wären für ihn und seine Mitstreiter in Ordnung. Allerdings mahnte er, die Windkraftwerke würden so ungerecht in Bayern verteilt werden. „So schafft man keine Akzeptanz“, sagt Berleb.

Aiwanger seien ähnliche Beispiele bekannt. Er appellierte an die Investoren, „vielleicht ein paar weniger zu bauen“ und Fingerspitzengefühl zu beweisen. Dröge kritisierte hingegen die bayerische Landesregierung. Im Saarland beispielsweise habe die Regierung dafür gesorgt, einen Rahmen zu schaffen, die Windkraft gerecht zu verteilen. „Die haben die Planung vorangebracht – anders als Bayern.“ -pat-

Zum Tag

Nur vielsagend
Rednern genügt
wenige Worte.

Wid

Bauernweisheit: Weibruar die Mücken g müssen sie im März gen.

Der Tipp: Glas win klar, wenn man es; menscheiben reinig

Küchenzettel: Apf schen mit Vanilles

Kalender

20. Februar

8. Kalenderwoche, 5. res; 214 Tage bis zu Sternsichen: Fische Namenstag: Falco, 8. Fast vergessen: Datz stock)

Weltgeschichte: 1881 dui der Raumfahrt von der Sowjetun umlaufbahn, geset Karl Arnold (CDU) sident von Bode seit 1947; wird d trauenavotum ge Fritz Steinhoff (1946: Eine Kohl tötet auf der Ze IV im westfälis 408 Menschen. werden lebend

Geburtstage: 196

(60), amerikani Schauspielerin

(60), Schweizer

1951: Gordon B scher Politiker;

2007-2010. 194

(79), emer der I

zuerfolg „Alle dem Deutsche

zeichnet. 1941

land (85), deut

renvorsitzendi

Todestage: 2011

mann, deutsc

Fernsehprodu

Laber

Verlag und Druck
und Kundschick
94115 Straubing
Straubing, Telefon
9 40-43 90, Int
www.laber-jetzt

Verleger u. Heraus

Cheminaktion: 1

Lehrer, Markus P

Gesamtleitung: Al

Miriam Graf (tel

Verantwortlich: B

Markus, Lehrhül

Wirtschaft, Yolo

males: Ralf Lipp

regional; Maria

Sandra Venus, Fi

ton und Unterh

Verlagsgelung:

Kirsch, Sven Lab

Gesamt-Anzeig

gleiche Anzeig

Geschäftsstelle

platz 20, Telefo

Kostenburg/L.,

200994-0, Sch

09451/949395

Bezugspreis: 2

(inkl. gesetzlic

gebühren), bei

setzlicher Abh

bühren.

Abonnements

nur zum Mo

gendigt we

Abonnement

Abservice: 1

Erscheint an:

Anzeigensch

bis Freitag, 1

Samstagsaus

gabe Frei

Umsatzang

von uns nic

Bei Störung

Entzansp

**Wir stehen ein für unsere
Heimat! Sei dabei!**

**DEMO GEGEN DEN
WINDRADWAHNSINN
IN BAYERN**

SÖDER KOMMT NACH GEISELHÖRING!



SAVE THE DATE

SAMSTAG, 28.2.2026

START 17:45 UHR

WO: GEISELHÖRINGER HOF

(Straubinger Strasse 5, 94333 Geiselhöring)

**GEGEN WINDINDUSTRIE IM WALD!
UNSERE HEIMAT SCHÜTZEN!**

Weitere Infos unter: www.buergerinitiative-pronatur.de

Sei dabei und unterstütze uns am 28. Februar in Geiselhöring im Kampf gegen die Windparks. Wir als Bürgerinitiative stehen für den Schutz unserer Wälder und unserer Heimat! Wir wollen keine Windräder in unseren Naherholungsgebieten. Jeder ist herzlich eingeladen, friedlich gegen dieses Vorhaben in Geiselhöring, zu demonstrieren.

Ein Etappensieg mit Nachgeschmack: Laberweinting darf sich nicht mit „Papier-Wahrheiten“ abspeisen lassen



In der jüngsten Gemeinderatssitzung ist endlich etwas passiert, das viele Bürger seit Monaten einfordern: Der Gemeinderat hat das gemeindliche Einvernehmen für den Windpark der Firma Primus vorerst verweigert. Einstimmig – sogar mit dem Bürgermeister. Das ist ein starkes Signal. Und ja: In Franken-Neuhofen war die Erleichterung spürbar.

Aber wer jetzt schon feiert, feiert zu früh.

Denn die eigentliche Entscheidung ist nicht vertagt – sie ist nur verschoben. Und die entscheidende Frage lautet weiterhin: Auf welche Fakten stützt sich Laberweinting – und wer liefert diese „Fakten“? Wenn am Ende Gutachten, Visualisierungen und Bewertungen ausgerechnet von denen kommen, die an den Anlagen verdienen, dann ist das kein „geordneter Prozess“, sondern ein Risiko für die Gemeinde – politisch, rechtlich und vor allem menschlich.

Einigkeit im Rat – und trotzdem: Jetzt beginnt die kritische Phase

Dass der gesamte Gemeinderat die Notbremse gezogen hat, ist selten und bemerkenswert. Man will das Gutachten zur „Umzingelung“/„Umrahmung“ Franken-Neuhofens abwarten. Das ist vernünftig. Es zeigt: Der Druck aus der Bürgerschaft wirkt. Und es zeigt auch: Akzeptanz entsteht nicht, indem man Menschen mit fertigen Plänen konfrontiert und ihnen danach erklärt, warum sie das bitte gut finden sollen.

Windräder sind keine Heckenpflanzen. Das sind Industrieanlagen. Wer sie in unmittelbare Nähe zu Ortschaften setzt, entscheidet nicht nur über „Energie“, sondern über Sichtachsen, Landschaftsbild, Alltag, Schlaf, Immobilienwerte, Lebensgefühl – kurz: über Heimat.

Und Heimat lässt sich nicht „kompensieren“.

Das Problem mit der bestellten Wahrheit

Der faule Kern bleibt: Das Gutachten, das nun klären soll, ob Franken-Neuhofen optisch und räumlich erdrückt wird, wurde von der Firma Hermann beauftragt – also von einem Akteur aus dem Projektumfeld. Das muss man nicht „unterstellen“, um skeptisch

zu sein. Das ist schlicht ein klassischer Interessenkonflikt in der Wahrnehmung:

Wer bezahlt, bestimmt zwar nicht automatisch das Ergebnis – aber er bestimmt Rahmen, Fragestellung, Methodik und Auswahl. Und genau dort wird Realität oft nicht gefälscht, sondern zurechtgebogen.

Wir sagen deshalb klar:

Ein Gutachten ist kein Orakel. Es ist ein Werkzeug. Und Werkzeuge können so eingesetzt werden, dass sie schneiden – oder kaschieren.

Gerade beim Thema „Umzingelung“ ist das entscheidend. Denn „Umzingelung“ ist nicht nur eine Zahl und nicht nur ein Winkel. Sie ist:

- die tägliche Blickbeziehung aus dem Ort heraus,
- die Dominanz am Horizont,
- das Gefühl, von Anlagen „umzingelt“ zu sein, egal wohin man sich dreht,
- die Frage, ob man noch Landschaft hat – oder eine Kulisse aus Rotoren.

Wer glaubt, man könne dieses Erleben mit ein paar Rechenparametern wegdefinieren, hat entweder noch nie dort gestanden – oder will nicht hinhören.

Wort halten oder Verantwortung übernehmen?

Wir wissen: Unser Bürgermeister legt Wert auf Zusagen und Verlässlichkeit. Das ist grundsätzlich ehrenwert. Aber in der Politik gibt es eine Grenze zwischen Verlässlichkeit und Starrsinn. „Ich habe dem Bauträger mein Wort gegeben“ darf niemals zur Ausrede werden, wenn neue Informationen, neue Betroffenheiten oder neue Dimensionen sichtbar werden. Denn

ein Bürgermeister hat vor allem gegenüber den Menschen, die hier wohnen. Gegenüber Familien, älteren Bürgern, Grundstückseigentümern, Vereinen – gegenüber denen, die diese Gemeinde tragen, finanzieren und gestalten eine große Verantwortung. Die Bewohner haben ihn als Vertreter gewählt und diesem Amt muss er nachkommen. Seit den ersten Zusagen hat sich die Debatte verschoben. Betroffenheit ist konkreter geworden. Fragen sind konkreter geworden. Und die Unsicherheit ist größer geworden.

Ein guter Politiker erkennt:

Größe zeigt sich nicht darin, niemals zu korrigieren. Größe zeigt sich darin, rechtzeitig zu korrigieren.

Energiewende ja – Freifahrtschein nein

Wir sagen es deutlich, damit es nicht wieder verdreht wird:

Wir sind nicht „gegen Fortschritt“. Wir sind gegen einen Stil der Planung, der die Lebensrealität vor Ort kleinredet und Widerstand als Störung behandelt. Die Energiewende ist ein Ziel. Aber sie ist kein Blankoscheck dafür, Ortschaften optisch zu dominieren, und Sorgen abzutun, und Entscheidungen auf Gutachten zu stützen, deren Unabhängigkeit schon im Ansatz angreifbar wirkt.

Wer echte Akzeptanz will, muss sich Kritik stellen – nicht aussitzen.

Unser Forderung an den Gemeinderat Laberweinting: Unabhängigkeit statt Gefälligkeit

1) Kritische Distanz – nicht nur formale Prüfung

Lesen Sie das Gutachten nicht wie eine Pflichtübung, sondern wie eine Risikoanalyse. Fragen Sie:

- Welche Annahmen wurden gewählt – und welche Alternativen wurden weggelassen?
- Welche Sichtpunkte wurden definiert – und warum genau diese?
- Gibt es Visualisierungen, die den realen Eindruck für Bürger nachvollziehbar zeigen (bei unterschiedlichen Wetterlagen, Jahreszeiten, Blickrichtungen)?
- Wie werden kumulative Effekte bewertet (mehrere Anlagen, mehrere Betreiber, Gesamtsituation statt Einzelfall)?
- Wie wird der Werteverlust von Immobilien im Einwirkungsbereich geprüft und belegt (Vergleichsfälle, Marktanalysen, Distanzzonen, Transparenz der Datengrundlage) – und wer trägt das Risiko bzw. welche Ausgleichs-/Entschädigungsmechanismen sind vorgesehen?

Und vor allem: Wenn Zweifel bleiben, beauftragen Sie zusätzlich eine wirklich unabhängige Begutachtung. Eine Zweitmeinung ist in der Medizin Standard – warum nicht, wenn es um den Lebensraum einer ganzen Ortschaft geht?

2) Bürgerwohl vor Rendite

Die Maßstäbe müssen klar sein:

Wenn die Bewertung am Ende lautet „wirtschaftlich sinnvoll“, aber die Bewohner zahlen mit Lebensqualität – dann ist das kein Gewinn, sondern eine Verlagerung von Kosten auf die Schwächeren. Die Interessen der Anwohner in Franken-Neuhofen müssen mehr Gewicht haben als die Renditeerwartung von Investoren.

3) Mut zur Neubewertung – auch wenn es unbequem ist

Wenn sich zeigt, dass Franken-Neuhofen real „umzingelt“ wird, dann darf es nicht heißen: „Schade, aber jetzt ist es halt so.“ Dann muss es heißen:

- Standorte prüfen,
- Abstände neu bewerten,

- Gesamtplanung anpassen,
- notfalls auch: ein klares Nein.

Politik ist nicht dazu da, Projekte „durchzuziehen“. Politik ist dazu da, Schaden abzuwenden.

Wir bleiben dran – und wir werden genauer hinschauen

Dieser Aufschub ist ein Etappensieg. Mehr nicht. Die nächsten Wochen sind entscheidend: Nicht die Lautstärke, sondern die Sorgfalt entscheidet jetzt darüber, ob Laberweinting später erklären muss, warum man Warnsignale ignoriert hat.

Wir als Bürgerinitiative werden den Prozess weiterhin intensiv begleiten – mit offenen Augen, klaren Fragen und der Erwartung, dass die Gemeinde endlich nicht nur verwaltet, sondern schützt.

Bleiben Sie wachsam.

Wir sind es auch.

**Bürgerinitiative ProNatur
schließt sich der
bundesweiten
Initiative Vernunftkraft**

e.V. an



Die Bürgerinitiative **ProNatur** freut sich, bekannt zu geben, dass sie sich der bundesweiten Dachorganisation **Vernunftkraft e.V.** angeschlossen hat. Durch diese Zusammenarbeit möchten wir unsere Kräfte bündeln, um den Schutz unserer heimischen Natur und Wälder noch wirkungsvoller zu gestalten.

Vernunftkraft ist ein deutschlandweit vernetzter Zusammenschluss von Bürgerinitiativen, die sich für eine naturverträgliche, ausgewogene und technologieoffene Energiepolitik einsetzen. Die Organisation verfügt über langjährige Erfahrung, ein starkes Netzwerk und umfassende rechtliche Expertise im Umgang mit Windkraftprojekten.

Mit diesem Schritt erweitert ProNatur ihre Möglichkeiten erheblich: Gemeinsam mit Vernunftkraft können wir auf fundiertes Know-how, juristische Unterstützung und bewährte Strategien zurückgreifen, um die Interessen unserer Region wirkungsvoll zu vertreten.

Derzeit laufen bereits erste Gespräche darüber, wie die Zusammenarbeit konkret ausgestaltet werden kann. Ziel ist es, einen **Maßnahmenplan** zu entwickeln, der sowohl strategische als auch rechtliche Schritte umfasst, um gegen die geplanten Windkraftanlagen in unserer Region vorzugehen. Dabei profitieren wir von den Erfahrungen anderer Initiativen, die durch Vernunftkraft bereits erfolgreich Projekte dieser Art stoppen konnten.

Im Fokus steht aktuell unter anderem die Prüfung des **Bauantrags der Firma Hermann** beim Landratsamt. Auch gegenüber anderen Projektierern wie **Primus** und **Juwi** werden mögliche rechtliche und fachliche Schritte vorbereitet.

Unser gemeinsames Anliegen bleibt klar: Wir werden weiterhin **alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen**, um unsere Landschaft, unsere Wälder und die Lebensqualität vor Ort zu bewahren. Die Zusammenarbeit mit Vernunftkraft gibt uns dafür einen deutlich stärkeren Rückhalt – sowohl organisatorisch als auch juristisch.

Gemeinsam sind wir stärker – für Natur, Heimat und Vernunft.

**WIR FORDERN: Neubewertung der
Flächen und vollständige
Umweltprüfung**



WIR FORDERN:

Wir fordern die unverzügliche Neubewertung der ausgewiesenen und geplanten Flächen für Windenergie in den Planungsverbänden Landshut, Regensburg und Straubing sowie eine neue, vollständige Umweltprüfung, die alle Schutzgüter gleichrangig und nachvollziehbar berücksichtigt. Die bisherige Planung weist gravierende Mängel auf, die im Einspruch detailliert dokumentiert sind und die in Summe die Rechtssicherheit, die fachliche Qualität und die Akzeptanz der Vorhaben untergraben. Dazu gehören insbesondere unvollständige Datengrundlagen, eine unzulässige Verengung der Alternativenprüfung, formale statt materielle Bewertung von Gesundheits- und Naturschutzbelangen, eine Vernachlässigung der Kumulationswirkungen und eine grobe Unterschätzung der Eingriffe in Landschaftsbild, Erholung, Eigentum und kommunale Entwicklung.

Ein zentrales Problem ist die unzureichende Erfassung von Mensch und Gesundheit. Die Planungen stützen sich vielfach auf Modellrechnungen, die reale Worst-Case-Situationen – etwa nächtliche Inversionswetterlagen, topografische Verstärkungen und die Überlagerung mehrerer Anlagen – nicht hinreichend

abbilden. Tieffrequenter Schall, Infraschall und periodischer Schall werden formal mit Mindestwerten abgehandelt, ohne belastbare Messkampagnen unter realen Betriebsbedingungen. Das ist nicht Vorsorge, sondern Risikoabwälzung auf die Bevölkerung. Es ist ein krasser Fehler der Planungsverbände, die Unsicherheiten bei tieffrequenten Immissionen, die in der Fachliteratur und in der Praxis wiederholt thematisiert werden, in der Abwägung praktisch folgenlos zu lassen und die Nachwirkung der Anlagen – inklusive Hindernisbefeuerung – nur als „optische Beeinträchtigung“ zu deklarieren.

Ebenso gravierend sind die Defizite bei Artenschutz und Biodiversität. In mehreren Such- und Vorrangräumen überschneiden sich die Planungen mit zahlreichen Arten die Artgeschützt sind. Kartierungen sind teilweise zeitlich und räumlich unzureichend, artspezifische Aktivitätsfenster werden ignoriert. Dass funktionsrelevante Biotopverbundstrukturen nur randlich gewürdigt und potenzielle Barriereeffekte ausgeblendet werden, ist aus Naturschutzfachlicher Sicht ein krasser Planungsfehler. Die rechtlich gebotene Vermeidung – vor der Minderung – wird nicht konsequent angewandt: Statt sensible Räume auszuschließen, werden sie über Bedingungen „zurechtgeplant“.

Beim Landschaftsbild wird der industrielle Maßstab der Vorhaben unterschätzt. Sichtbarkeitsanalysen bleiben oft auf Idealparameter beschränkt und ignorieren die kumulative Fernwirkung in offenen und erhöhten Lagen. Die dauerhafte nächtliche Befeuerung und die Dominanz der Anlagen in prägenden Sichtachsen werden in den Abwägungen relativiert, obwohl sie die Erlebbarkeit von Landschaft, Kultur- und Erholungsräumen substantiell verändern. Das ist nicht nur eine Frage der Ästhetik, sondern berührt Heimatbild, Tourismus und die Lebensqualität der Menschen. Es ist ein weiterer krasser Fehler, diese weichen, aber rechtlich relevanten Güter lediglich formal zu erfassen und faktisch zu entwerten.

Auch im Immissions- und Abstandsregime dominieren

Mindestansätze statt Vorsorge. Abstände zu Wohnnutzungen werden anhand pauschaler Richtwerte angesetzt, ohne topografische Besonderheiten, Hauptwindrichtungen, Eisansatz, seltene Schallspitzen oder die Summenwirkung mehrerer Projekte in voller Tiefe zu berücksichtigen. Die daraus resultierenden Risiken – insbesondere in Nachtzeiten – werden zu gering gewichtet. Eine vorsorgeorientierte Planung hätte Sicherheitszuschläge, striktere Betriebsbeschränkungen und im Zweifel den Ausschluss konfliktträchtiger Standorte vorzusehen. Das Unterlassen solcher Vorkehrungen ist planerisch wie rechtlich kurzfristig.

Hinzu kommt die Vernachlässigung der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern. Boden, Wasser und Wald werden häufig nur projektbezogen betrachtet, ohne die Folgewirkungen von Erschließung, Fundamenten, Entwässerung, Erosion und Waldumwandlung systematisch in einem kumulativen Rahmen zu bewerten. Dass mikroklimatische Effekte in Waldlagen, Beeinträchtigungen des Grund- und Oberflächenwassers oder archäologische Verdachtsflächen in der Tiefe der Sache selten behandelt werden, ist mit einer ernsthaften Umweltprüfung unvereinbar. Gleiches gilt für die fehlende Netzdienlichkeit: Ohne belastbare Nachweise zur Netzaufnahmefähigkeit, Abregelungsquote, Speicher- und Leitungsbedarf drohen ineffiziente Anlagenkonzentrationen und steigende Systemkosten – ein krasser Planungsfehler, der volkswirtschaftlich und energiewirtschaftlich vermeidbar wäre.

Schließlich zeigt die Verfahrensqualität deutliche Schwächen. Transparenzdefizite in der Abwägung, lückenhafte Dokumentation der öffentlichen und behördlichen Beteiligung, die nur formale Behandlung substantiierter Einwände und das Ausblenden tragfähiger Alternativen gefährden die Rechtssicherheit. Anstatt ungeeignete Flächen konsequent auszuschneiden, werden Risiken in Nebenbestimmungen verschoben. Diese Vorgehensweise widerspricht dem Vorsorgeprinzip, ist fehleranfällig und lädt zu Rechtsstreitigkeiten ein. Auch die Auswirkungen auf

Eigentum, kommunale Entwicklungskorridore und Immobilienwerte werden in der Gesamtabwägung untergewichtet – obwohl hier dauerhafte Eingriffe in gewachsene Siedlungsqualitäten und Entwicklungsperspektiven vorliegen.

All dies macht deutlich: Es braucht jetzt eine echte, umfassende Neuaufstellung. Wir fordern eine Neubewertung der Flächenkulisse auf aktueller, vollständiger Datenbasis; eine neue Umweltprüfung, die alle Schutzgüter – Mensch und Gesundheit, Tiere und Pflanzen/Biodiversität, Boden, Wasser, Klima, Landschaft und Erholung, Sach- und Kulturgüter – materiell prüft; eine konsequente Kumulations- und Wechselwirkungsanalyse; klare, überprüfbare Ausschluss- und Vorsorgekriterien; unabhängige Validierung der Gutachten; und eine erneute Auslegung mit substantieller Bürger- und Fachbeteiligung. Vorrang müssen Repowering an geeigneten Bestandsstandorten, netzdienliche Reihenfolgen, sowie konkrete und wirksam nachgewiesene Minderungsmaßnahmen haben. Wo erhebliche Restrisiken verbleiben, sind Standorte auszuscheiden.

Eine Energiewende mit Maß und Verantwortung bedeutet: erst vollständig prüfen, dann planen – und nur dort ausweisen, wo die Wahrung aller Schutzgüter zweifelsfrei gesichert ist. Bis dahin sind sensible Räume in den Planungsverbänden Landshut, Regensburg und Straubing von der Windenergienutzung freizuhalten. Das ist der Weg zu rechtssicheren, akzeptierten und zukunftsfesten Lösungen, die Mensch, Natur und Landschaft gleichermaßen schützen.

Wird aus Laberweinting jetzt Laberwinding?

„Laberweinting trotz dem Wind – Bürgermeister will offenbar das ‚grüne‘ Licht sehen“

Laberweinting (Ndb.) – Während sich ganz Niederbayern einig ist wie selten zuvor – Windräder? Um Himmels willen, bloß nicht! – sorgt eine kleine Gemeinde für Aufsehen. Laberweinting, sonst eher bekannt für solide Straßenfeste und zuverlässig konservative Wahlzettel, will plötzlich Windräder. Ja, richtig gehört. Windräder!

Ein politischer Sturm zieht auf: Bürgermeister Hans Grün scheint vom Wind beseelt. „Wir müssen den Klimawandel ernst nehmen“, soll er auf der letzten Gemeinderatssitzung gesagt haben. Die anwesenden CSU-Stammtischstrategen reagierten entsetzt – man munkelt, einer habe sich vor Schreck an der Weißwurst verschluckt.

Grün durch die Hintertür?

Insider vermuten, der Bürgermeister wolle nicht nur frischen Wind in die Landschaft, sondern auch in die Parteipolitik bringen. „Wenn der so weitermacht, sitzt der bald mit'm Dinkelbrot bei den Grünen!“, heißt es im Wirtshaus.

Doch andere deuten seine Beweggründe anders. „Des is a Ablenkungsmanöver“, meint ein skeptischer Bürger. „Der will nur die Windräder, damit keiner merkt, dass's WLAN im Rathaus immer noch nicht geht.“

Ökostrom oder Ökokrise?

Während sich Nachbargemeinden wie Mallersdorf, Ergoldsbach und Geiselhöring gegenseitig überbieten im „Wer sagt schneller Nein“-Wettbewerb, schwingt in Laberweinting das Motto „Lieber

Wind im Haar als Kohle im Keller“.

Kritiker befürchten jedoch, dass der geplante Windpark bald zu „Laberwindting“ umgetauft wird – weil dort mehr Wind gemacht als genutzt wird.

Parteigrün steht ihm gut

Gerüchten zufolge ließ sich der Bürgermeister bereits bei einer Parteiveranstaltung der Grünen blicken – angeblich nur, „um den Stromverbrauch vom Beamer zu prüfen“. Sein Umfeld versichert: „Er wechselt nicht die Partei, er probiert nur die Farbe.“

Und so bleibt Niederbayern gespannt: Wird Laberweinting die erste „grüne Oase“ zwischen Maisfeld und Maibaum? Oder bläst der nächste politische Wind alles wieder weg?

Eines ist sicher: Wo sonst nur der Föhn weht, zieht jetzt ein Sturm der Entrüstung auf – und irgendwo in München reibt sich Habeck die Hände.



LABERWEINTING TROTZT DEM WIND

BÜRGERMEISTER WILL OFFENBAR DAS „GRÜNE“ LICHT SEHEN

